



NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 17.11.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:59



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold ab 19.40 Uhr TOP 16 ö.S.

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt ab 17.52 Uhr TOP 3 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
------------------	--------------------------

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals

Susanne Höhlinger

SPD

Hans Peter Thiel



AfD

Myriam Kern



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende betonte angesichts der Terroranschläge von Paris die Solidarität und Freundschaft zu den französischen Freunden. Die Angriffe seien ein empörender Angriff auf die Freiheitsrechte und die Werte einer freien Gesellschaft. Er lud zu einer Gedenkveranstaltung am 18. November vor dem Französischen Tor ein und bat die Ratsmitglieder sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Die Mitglieder des Stadtrates gedachten in einer Schweigeminute den Opfern der Terroranschläge in Paris.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufwertung des Denkmals für die frühere Landauer Synagoge
Vorlage: 101/302/2015
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bauplätze im Baugebiet "Südlich Breiter Weg" in Queichheim
Vorlage: 101/303/2015
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Zusätzliche Bundesmittel für die Errichtung preiswerter Wohnungen
Vorlage: 101/304/2015
5. Antrag des Ortsbeirates Mörzheim; Ausbau der Raiffeisenstraße in Mörzheim
Vorlage: 101/305/2015
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Informationen zum zweiten Bahngleis auf der Linie Landau-Saarbrücken
Vorlage: 101/306/2015
7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verwendbarkeit der Süwega-Halle zur vorübergehenden Aufnahme von Flüchtlingen
Vorlage: 101/307/2015
8. Schaffung von zusätzlichen Stellen im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation
Vorlage: 110/427/2015
9. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: /022/2015
10. Neubesetzung des Schulträgerausschusses
Vorlage: 100/177/2015
11. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau
Vorlage: 100/178/2015



12. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 230/272/2015
13. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans C 35 „Zwischen Am Lohgraben und Godramsteiner Straße" der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/383/2015
14. Eintrittspreiserhöhungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2016
Vorlage: 700/009/2015
15. Jahresabschluss 2014 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/170/2015
16. Jahresabschluss 2014 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/273/2015
17. Verschiedenes
- 17.1. Informationen aus der IMAG-Sitzung



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Bepper übergab im Namen der „Initiative bezahlbarer Wohnraum für Landau“ eine Liste mit 700 Unterschriften. Die Unterzeichner würden sich dafür einsetzen, dass die Stadt Landau keine weiteren Wohnungen veräußert. Das Problem habe sich in den letzten Monaten verschärft. Allerdings dürften Asylbewerber und Landauer Bürger mit geringem Einkommen nicht zu Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt werden. Bei der Lösung dieses Problems sollte die Stadt aus gemachten Fehlern lernen.

Frau Roggenbuck fragte, welche Maßnahme konkret mit welchen Mitteln im Haushalt 2016 eingestellt sei. Sei das Konzept der ADD vorgestellt und von dieser genehmigt worden?

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der Haushalt 2016 derzeit in Beratung sei.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass es am 1. Dezember 2015 eine gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses mit dem Bauausschuss geben werde, in der man die Ergebnisse der Wohnraumanalyse vorstellen werde.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man vor dieser Herausforderung stehe in den nächsten Jahren. Dies habe auch damit zu tun, dass man eine erfolgreiche Stadt sei.

Herr Huska schilderte seine Erfahrungen als Hartz IV-Empfänger. Er sei arbeitsuchend, aber aufgrund seiner Behinderung sei dies schwierig. Es sei sehr schwer, für Hartz IV-Empfänger eine Wohnung zu finden. Er appelliere an die Stadt, auch an die Leute zu denken, die nicht so viel Geld haben.

Herr Kröhn fragte, ob die Stadt garantieren könne, dass es einen Verkaufsstopp für städtische Wohnungen, Häuser und Liegenschaften gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er keine Garantie abgeben könne. Er kenne aber überhaupt keine Absicht, irgendeine der 260 städtischen Wohnungen zu veräußern.

Frau Roggenbuck fand es dann befremdlich, dass das Baufeld 10 und ein Grundstück in der Dörrenbergstraße zum Kauf angeboten würden.

Der Vorsitzende stellte klar, dass auf dem Grundstück an der Dörrenbergstraße ja gerade Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Auch das Baufeld 10 sei ebenfalls mit der Maßgabe Sozialwohnungsbau ausgeschrieben.

Herr Barlang erkundigte sich nach dem Sachstand zum Beschluss des Bauausschusses, die Einbahnstraßen für den Radverkehr zu öffnen. Er würde gerne wissen, wann das umgesetzt werde.

Herr Kamplade sicherte zu, dass die Umsetzung so schnell wie möglich erfolge.

Herr Kröhn wollte wissen, ob es möglich wäre, künftige Bauträger zu verpflichten, mindestens 50 % für sozialen Wohnungsbau vorzusehen.

Der Vorsitzende antwortete, dass dies nicht vorgesehen sei.

Herr Thoms regte an, zur Stadt Schwäbisch-Gmünd aufzunehmen. Diese gehe im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und bei der Unterbringung von Flüchtlingen andere Wege.

Der Vorsitzende entgegnete, dass bisher alle Menschen die zu uns kamen integriert und untergebracht worden seien. Kein einziger sei in einer Massenunterkunft. Mit dem Integrationskonzept der Stadt



laufe auch das Zusammenleben in der Stadt vorbildlich. Viele Städte hätten deutlich größere Probleme als die Stadt Landau.

Herr Dubronner wollte wissen, ob es bereits eine Entscheidung zur Gültigkeit der Bürgermeisterwahl gebe.

Der Vorsitzende teilte mit, dass ihm noch keine schriftliche Entscheidung der Aufsichtsbehörde vorliege.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufwertung des Denkmals für die frühere Landauer Synagoge

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Er erinnerte daran, dass bis zur Reichspogromnacht 1939 an der Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Reiterstraße die Synagoge stand. Diese sei ein stadtbildprägender Bau gewesen. Seit 1968 erinnere nun ein Denkmal an dieser Stelle an die ehemalige Synagoge. Mit der anstehenden Umgestaltung dieses Kreuzungsbereiches biete sich in diesem Zusammenhang die Chance, das Synagogendenkmal besser zu präsentieren.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstrich, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ebenfalls für die Aufwertung des Synagogendenkmals sei. Bedingung sei allerdings, dass die Zeder erhalten bleibe. Kaum ein Baum sei so symbolträchtig wie die Zeder. Diesen Baum zu fällen, wäre ein Symbol in die falsche Richtung.

Ratsmitglied Freiermuth bat zu prüfen, in welchem Kostenrahmen man sich hier bewege.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Das Denkmal für die frühere Landauer Synagoge wird im Zuge der Neugestaltung der Kreuzung Reiterstraße / Königstraße / Friedrich-Ebert-Straße aufgewertet und durch eine bessere Präsentation mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bauplätze im Baugebiet "Südlich Breiter Weg" in Queichheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die CDU begrüße dieses Baugebiet nachhaltig. In Landau habe man einen nachhaltigen Bedarf an Baugrundstücken. Daher sei er der Meinung, dass man sich ein Modell zu eigen machen sollte, das in Herxheim und Offenbach seit Jahren erfolgreich praktiziert werde. Diese Grundstücke sollten nach einer Prioritätenliste vergeben werden. So könnten die Bedarfe Landauer Bürger gedeckt werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es diesen Beschluss schon seit 2013 im Zusammenhang mit der Baulandstrategie gebe.

Ratsmitglied Maier regte an, eine solche Prioritätenliste auf alle Baugebiete auszuweiten.

Ratsmitglied Lichtenthäler fand den Antrag grundsätzlich in Ordnung. Für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion sollten Eltern mit Kindern erste Priorität haben. Er schlage vor, das ganze nochmal im Bauausschuss darzustellen.

Ratsmitglied Freiermuth sah kein Problem, dass dies mit einer Abschottung in Verbindung gebracht werden könnte. Es bleibe zudem die Frage, inwieweit eine rechtliche Verpflichtung zum Bau in einem zeitlichen Rahmen möglich ist.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass Grundstücke im Besitz der Stadt privatrechtlich mit einer Bindung zum Bau verkauft werden können. Öffentlich-rechtlich im Rahmen des Baurechts sei dies etwas anderes.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt das Ansinnen der CDU-Stadtratsfraktion für kleinkariert.

Ratsmitglied Doll ergänzte, dass man keiner Baulandbevorratung Vorschub leisten sollte. Beim Baugebiet im Dorf in Queichheim gebe es für 8 Bauplätze 35 Interessenten. Es sei wichtig, Abwanderung vorzubeugen und es den jungen Familien zu ermöglichen, im Stadtteil zu bauen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. September 2015, die Bauplätze im Baugebiet „Südlich Breiter Weg“ in Queichheim bevorzugt an Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt Landau zu vergeben und hierfür eine Prioritätenliste zu erarbeiten, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Zusätzliche Bundesmittel für die Errichtung preiswerter Wohnungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Man sei sich einig, dass es in Landau einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum gebe. Dies sei nicht nur ein Thema in Landau, sondern landes- und bundesweit. Der Bund stelle nun jährlich 500 Millionen Euro zur Förderung bezahlbaren Wohnraums zur Verfügung. Auch das Land habe erklärt, ein zusätzliches Programm aufzulegen. Dies sei geradezu ideal für Landau. Man sollte hier schnell vorankommen, um bei den ersten zu sein.

Der Vorsitzende unterstützte das Anliegen der CDU-Fraktion. Die Frage sei, wieviel Geld von den 500 Millionen tatsächlich in Landau ankomme. Was wirklich schnell wirken würde wäre, wenn die letzte Stufe der Energieeinsparverordnung wegfiel und auch Lockerungen bei der Stellplatzverordnung wären hilfreich.

Ratsmitglied Braun begrüßte es grundsätzlich, dass die Stadt sich an diesem Run auf die Fördermittel beteiligt. Man rede seit Jahren über bezahlbaren Wohnraum, nun müssten aber endlich Taten folgen. Sehr viele Mittel habe man bisher im Bereich Einfamilienhäuser aufgewendet. Zu bedenken sei, dass geförderte Wohnungen irgendwann aus der Förderung herausfallen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Mittel aus dem Programm, die in Landau ankämen, Peanuts seien. Wenn man wirklich sozialen Wohnungsbau fördern wolle, müsse man andere Mittel in die Hand nehmen. Man sollte hier keine Augenwischerei betreiben.

Ratsmitglied Freiermuth unterstützte die Aussagen von Frau Dr. Migl. Dennoch aber mache der Antrag Sinn. Die Verwaltung sollte auch prüfen, was an steuerlichen Anreizen möglich sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es für die Stadt Landau wohl 300.000 Euro an Mitteln wären. Damit könne man nicht wirklich was anfangen. Im Moment gebe es keine Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren, dies sei das Problem.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt abzuklären, ob und in welchem Maße zusätzliche Bundesmittel – entsprechend des letzten Gipfels der Bundeskanzlerin – für die Errichtung preisgünstiger Wohnungen in Landau gewonnen werden können.**
- 2. Die Verwaltung unterbreitet Vorschläge, welche Projekte in Landau mit diesen Bundesgeldern realisiert werden können.**
- 3. Die Verwaltung unterbreitet dem Stadtrat in seiner Sitzung im Dezember einen Bericht über seine Bemühungen in dieser Angelegenheit.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Mörzheim; Ausbau der Raiffeisenstraße in Mörzheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Mörzheim vom 22. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag tendenziell unterstütze, die Gründe seien nachvollziehbar. Die Raiffeisenstraße sei eine der schlechtesten Straßen im Stadtgebiet. Es sei nachvollziehbar, dass Mörzheim hier Mittel aus den wiederkehrenden Beiträgen umschichten wolle. Im Prinzip könne man einen endgültigen Beschluss erst fassen, wenn belastbare Zahlen vorliegen, was dieser Ausbau der Raiffeisenstraße kosten würde. Er schlage daher vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass es nach wie vor Ersatzlampen für die gängige Straßenbeleuchtung gebe. Die LED-Technik sei noch in der Entwicklung und im Fluss. Dies sei mit der Hintergrund für diesen Antrag.

Der Vorsitzende unterstrich, dass eine Verschiebung der Maßnahme Straßenbeleuchtung zugunsten der Raiffeisenstraße durchaus möglich sei. Er schlage vor, dass das Stadtbauamt nochmals im Ortsbeirat die Auswirkungen darstelle. Man müsse bedenken, dass die wiederkehrenden Beiträge sich dann in erheblichem Maße erhöhen würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag des Ortsbeirates Mörzheim, die Maßnahme „Erneuerung Straßenbeleuchtung“ in das Bauprogramm 2018 – 2021 zu verschieben und stattdessen die Maßnahme „Ausbau Raiffeisenstraße“ ins aktuelle Bauprogramm aufzunehmen, wird zunächst an den Ortsbeirat Mörzheim zurückverwiesen. Sofern der Ortsbeirat nach weiteren Beratungen den Antrag aufrecht erhält, wird er zur weiteren Beratung in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Informationen zum zweiten Bahngleis auf der Linie Landau-Saarbrücken

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 30. Oktober 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Er sei überrascht gewesen, dass dieses zweite Bahngleis für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet worden sei. Die Landesregierung habe bestätigt, dass das zweite Gleis für den Güterverkehr angemeldet worden sei. Dies habe bei Gesprächen mit Bürgern mehr Fragen als Antworten aufgeworfen. Es sei eine große Verunsicherung bei den Bürgern festzustellen. Der CDU-Stadtratsfraktion gehe es mit diesem Antrag nur um Information und Transparenz.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass gegen Information nichts einzuwenden sei. Er frage sich aber, ob der Zeitpunkt gut gewählt sei. Der Ball liege derzeit in Berlin. Nächster Schritt sei der Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan, der allerdings noch nicht gebilligt sei. Er denke, dass man den Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes abwarten sollte.

Ratsmitglied Lichtenthäler schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Ingenthron an. Zugegebenermaßen sei die Strecke problematisch, ein zweites Gleis werde in gewissen Bereichen in Landau nicht funktionieren. Aber dennoch sei klar, dass Güterverkehr auf die Schiene müsse. Für die Grünen sei klar, man wolle mehr Schiene.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass gegen Informationen nichts zu sagen sei. Nur darum gehe es ja in diesem Antrag.

Ratsmitglied Dr. Migl störte sich daran, dass derzeit das Thema Güterverkehr und Lärm dazu benutzt werde, um das zweite Gleis zu verhindern. Es gehe um ein Umsteuern in der Verkehrspolitik. Dann müsse man auch mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich nochmals, dass es nur darum gehe, sich den momentanen Sachstand darstellen zu lassen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Rat der Stadt Landau fordert die Landesregierung auf, die Landauer Bevölkerung oder zumindest den Stadtrat in einer öffentlichen Sitzung über das von ihr befürwortete zweite Bahngleis auf der Linie Landau – Saarbrücken zu informieren. Hierbei soll über den derzeitigen Stand der Beratungen, das voraussichtliche weitere Procedere sowie die für Landau zu erwartenden Auswirkungen informiert werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verwendbarkeit der Süwegahalle zur vorübergehenden Aufnahme von Flüchtlingen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 9. November 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Zuweisung von Flüchtlingen nehme täglich ungebrochen zu. Landau habe bei der Unterbringung der Flüchtlinge bisher vorbildlich agiert. Das Szenario, dass die Rundsporthalle irgendwann vollbelegt ist, sei nicht unrealistisch. Dann stehe man mit dem Rücken zur Wand. Bevor man dann Flüchtlinge in Zelten unterbringen müsste, seien andere Möglichkeiten zu eruieren. Die Süwegahalle sei dabei einer Prüfung wert. Ob diese letztlich geeignet sei, könne man jetzt noch nicht sagen. Man sollte der Versuchung widerstehen, diese Option zu verwerfen. Man wolle als Rat vernünftige Lösungen haben. Deswegen sollte man hier rational an die Sache herangehen und alle Optionen prüfen.

Der Vorsitzende warnte davor, mit einer öffentlichen Debatte Menschen zu verunsichern. Man sollte der Verwaltung vertrauen, dass sie rechtzeitig die Dinge erkenne. Auch wenn man nicht konkret wisse, was auf einem zukomme, habe man es bisher gut gelöst. Nach Abwägung verschiedener Optionen habe man die Rundsporthalle für eine Sammelunterkunft ausgewählt. Er hoffe, dass man die Rundsporthalle nicht komplett benötige, denn Sammelunterkünfte würden immer Probleme machen. Der Umbau der Halle werde voraussichtlich 210.000 Euro kosten. Natürlich habe die Verwaltung bei der Abwägung auch die Süwegahalle im Blick gehabt. Seine Bitte sei, dass man den Antrag als Prüfauftrag verstehe.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt es für wichtig, sich nicht von Gefühlen leiten zu lassen, sondern sich den Argumenten zu stellen. Insofern könne man einem Prüfauftrag zustimmen. Wenn das Ergebnis des Prüfauftrages vorliege, müsse man sich dann den Fakten stellen.

Ratsmitglied Hartmann war der Meinung, dass die Süwegahalle kein sinnvoller Gedanke sei. Deshalb werde man einem Prüfauftrag auch nicht zustimmen. Man sollte hier kein Schreckensszenario aufbauen und damit Menschen verunsichern.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass auch die FWG-Stadtratsfraktion gewisse Zweifel hinsichtlich der Süwegahalle habe. Die Menschen könnten dort ja auch nicht dauerhaft bleiben, sie müssten danach auch irgendwo hin. Das Geld für diesen Umbau wäre letztlich verbranntes Geld.

Ratsmitglied Wagner unterstrich, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag nicht zustimmen werde. Es sei nicht sinnvoll, die Kräfte für einen Prüfauftrag zu bündeln, der nicht sinnvoll sei. Man sei für menschenwürdige Unterkünfte. Vor diesem Hintergrund sei schon die Rundsporthalle grenzwertig. Es gebe in Landau Häuser, in denen genügend Platz wäre. Dabei gehe es nicht um Zwangseinweisungen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass bis heute kein einziger Flüchtling in einer Sammelunterkunft untergebracht sei. Die Stadt habe 174 Wohnungen angemietet. Private hätten bereits zusätzliche Wohnungen angeboten. Verunsicherungen werde niemandem nutzen.

Ratsmitglied Löffel machte deutlich, dass man nicht verunsichern wolle. Man ziehe auch nicht in Zweifel, dass die Verwaltung vor 8 Wochen alle Möglichkeiten geprüft habe. Die Situation habe sich aber in den letzten 8 Wochen verändert. Man stehe mit dem Rücken zur Wand. Die Leute hätten große Bedenken, dass nach der Rundsporthalle die nächste Sporthalle dran sei.

Ratsmitglied Lerch ergänzte zu den Ausführungen von Herrn Löffel, dass die CDU mit diesem Antrag kein Ergebnis vorwegnehme.



Ratsmitglied Marquardt betonte, dass Landau Konversionsgebäude im Bau Feld 10 habe. Hallen seien aus seiner Sicht zur Unterbringung nicht geeignet. Diese Gelder seien in den Sand gesetzt. Dieses Geld sollte man im Bau Feld 10 investieren. Man habe einen Bedarf an Wohnungen, dies sei unbestritten.

Ratsmitglied Hartmann stellte klar, dass Herr Lerch die Süwegahalle ins Gespräch gebracht habe. Die CDU habe nicht irgendeine Halle ins Gespräch gebracht, sondern eben gezielt die Süwegahalle. Er halte nichts davon, irgendeine Halle in den Vordergrund zu richten. Wenn, dann sollte man allgemein prüfen. Das aber beantrage die CDU nicht.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass der Oberbürgermeister klar gesagt habe, dass die Süwegahalle nicht geeignet sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Die Verwaltung prüft die Verwendbarkeit der Süwega-Halle auf dem alten Messegelände für die vorübergehende Aufnahme von Flüchtlingen. Bis zur Vorlage dieser Prüfergebnisse wird der Abriss der Halle zurückgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Schaffung von zusätzlichen Stellen im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 4. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er danke zunächst allen Ehrenamtlichen und auch Hauptamtlichen für ihr Engagement. Diese würden allmählich an ihre Grenzen kommen. Bisher habe man diese Herausforderung sehr gut gemeistert. Aktuell habe man in Landau 461 Flüchtlinge. Im Moment gehe man davon aus, dass ab Januar die privaten Angebote auf dem Wohnungsmarkt ausgereizt seien. Heute gehe es um die Schaffung von zusätzlichen Personalstellen. Der vorgeschlagene Personalbedarf sei eine Momentaufnahme, es könnten auch noch mehr werden.

Ratsmitglied Lerch sah in dieser Frage einen großen Konsens unter den Fraktionen. Es seien hier aktuell große Herausforderungen zu bewältigen. In den anstehenden Haushaltsberatungen werde uns dies noch weh tun. Die CDU-Stadtratsfraktion stehe uneingeschränkt zu diesem Beschluss.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass mit den gestiegenen Herausforderungen auch das Arbeitspensum gewachsen sei. Es gebe hier auch eine Fürsorgepflicht als Arbeitgeber gegenüber den Mitarbeitern. Der Beschluss sei aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion maßvoll.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass es für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion keine Entscheidung der Vernunft, sondern des Herzens sei. Dies deshalb, weil es etwas mit Solidarität zu tun habe. Es sei dies eine Solidarität mit der Not auf dieser Welt. Ein anderer Bereich sei der Bereich des Wohnbaus. Hier gehe es schon darum, wie die Stadt aktiv werde auf dem Feld des Wohnbaus. Beides müsse zusammen kommen, Personal und Wohnraum. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmten der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass außergewöhnliche Situationen außergewöhnlicher Maßnahmen bedürften. Es sei fraglich, ob dies das Ende der Fahnenstange sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl konnte den enormen Personalbedarf nachvollziehen. Kritisch sehe sie die 1,77 Stellen für die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Dennoch könne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Punkt 1 zustimmen. Probleme habe man mit den Ausgaben für die baulichen Veränderungen an der Rundsporthalle für die Unterbringung der Flüchtlinge. Es sei sinnvoller, mehr Mittel für die dezentrale Unterbringung zu investieren. Sie bitte daher um eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Auffassung, dass die Stadt ein hohes Engagement bei der dezentralen Unterbringung habe. Sie sei der Meinung, dass diese zusätzlichen Stellen unbedingt erforderlich seien. Denn auch das Ehrenamt komme mittlerweile an seine Grenzen.

Ratsmitglied Maier schlug vor, bei der Unterbringung von Asylbewerbern in den Ortsteilen relativ zügig mit den jeweiligen Ortsvorstehern Kontakt aufzunehmen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man nicht innerhalb weniger Monate Wohnraum für so viele Menschen schaffen könne. Die Rundsporthalle sei deswegen jetzt ein notwendiger Baustein. Die Aussage der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ sollte man als Maßstab nehmen. Dies bedürfe zweifellos großer Anstrengungen, aber man habe keine Alternative. Man dürfe keine Mauern aufbauen, um Menschen von unserem Land fernzuhalten. Hinweisen wolle er noch auf die Bürgerversammlung zur Belegung der Rundsporthalle am 10. Dezember 2015.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:



1. dass die Verwaltung bis zu 6,89 Vollzeitstellen (bis Entgeltgruppe 10 TVöD oder vergleichbar) in verschiedenen Bereichen bereits vor Verabschiedung und Genehmigung des Stellenplans 2016 zeitnah besetzen kann.

Alle diese Stellen werden mit einer Befristung zunächst bis zum 31.12.2017 versehen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

2. die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 60.000 Euro für die Ausstattung einer Unterkunft für Flüchtlinge (Produkt: 31301.557120). Für die baulichen Veränderungen sind beim Gebäudemanagement weitere Mittel außerplanmäßig bereitzustellen (rd. 210.000,-- Euro).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Bürgermeister Hirsch war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung dieses Punktes nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 28. Oktober 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 1 Nein-Stimme:

- 1. der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, dem dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zuzustimmen.**
- 2. Sollten im Rahmen der Anzeige bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Anpassungserfordernisse des Gesellschaftsvertrages auftreten oder das Registergericht vor Eintragung in das Handelsregister Auflagen machen, ermächtigt der Stadtrat die Verwaltung, die notwendigen Änderungen vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgerausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Frau Petra Beek, Stalbühlweg 10, 76829 Landau in der Pfalz als Lehrervertreterin in den Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Stadtrat empfiehlt der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur ab 1. Januar 2016**

**Herrn Bürgermeister Thomas Hirsch, geb. am 30. April 1967, Marktstraße 50,
76829 Landau in der Pfalz**

**zur Berufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Landau
für den Rest der 12. Amtsperiode bis zum 30. Juni 2016 vorzuschlagen.**

- 2. Der Stadtrat empfiehlt der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier weiter, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur**

**Herrn Bürgermeister Thomas Hirsch, geb. am 30. April 1967, Marktstraße 50,
76829 Landau in der Pfalz**

**zur Berufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Landau
für die am 1. Juli 2016 beginnende 13. Amtsperiode vorzuschlagen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2015

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 7. Oktober 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Er lobte das Forstamt für das große Engagement. Das Forstamt kümmere sich mit Herzblut um unseren Stadtwald. Dabei gehe es nicht nur um die Pflege des Waldes, sondern auch um die vielfältigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und der Umweltbildung. In diesem Jahr sei der Betriebsantrag mit einem negativen Ergebnis. Der Forst bringe aber auch viel für die Stadt. Allein in den letzten 8 Jahren seien es über 1 Million Euro vor Steuern gewesen.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2016 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans C 35 „Zwischen Am Lohgraben und Godramsteiner Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Für das Gebiet des Bebauungsplans C 35 „Zwischen Am Lohgraben und Godramsteiner Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen (siehe Anlage).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Eintrittspreis erhöhungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2016

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Zoo vom 8. Oktober 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Natürlich falle eine solche Preiserhöhung immer schwer. Diese Erhöhung sei aber für den Zoo wichtig. Preise, Gehälter und Ausgaben steigen. Die letzte Erhöhung liege 4 Jahre zurück. Man habe bewusst auf eine Erhöhung bei Kindern und bei den Dauerkarten verzichtet. Im Vergleich zu anderen Freizeiteinrichtungen sei man immer noch recht günstig, im Reptilium zahle man deutlich mehr. Von daher sollte man selbstbewusst sein im Verhältnis zu anderen Zoos in der Umgebung.

Ratsmitglied Wagner fragte, ob es bei den Preisen für Begünstigte noch Spielraum gebe. Ein Traum wäre, wenn es kostenlos für diese Klientel sein könnte. Zumindest aber sollte man hier auf eine Erhöhung verzichten.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass Begünstigte nicht nur sozial Schwache seien, sondern beispielsweise auch Menschen mit Behinderungen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Die Erhöhung der Einzel-Eintrittspreise (Erwachsene, Rentner, Begünstigte) und der Kleingruppen-Eintrittspreise A und B im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2016 wird beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Jahresabschluss 2014 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 3. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Götz erläuterte die Vorlage. Es sei erneut ein sehr gutes Jahresergebnis in 2014 gewesen. Man habe im vergangenen Jahr 3,8 Millionen Euro in unsere Gebäude investiert. Seit 2010 habe man jetzt insgesamt über 20 Millionen Euro in die Gebäude der Stadt Landau investiert. Gleichzeitig habe man zusätzlich 5,5 Millionen Euro Schulden verringern können. Die Eigenkapitalquote liege bei 40 %.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass so ein Jahresabschluss eigentlich Routineangelegenheit sei. Die Dimensionen aber, die im Gebäudemanagement stecken, seien alles andere als Routine, sondern vielmehr eine große Verantwortung. Insgesamt hätten die Gebäude der Stadt Landau eine sehr gute bautechnische Substanz. Sein Dank gehe an das GML für einen hervorragenden Job. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schowalter stimmte Herrn Eichhorn zu. Das Gebäudemanagement mache in der Tat einen guten Job. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Freiermuth zeigte sich besonders erfreut über den Neubau der Sporthalle der BBS. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Jahresabschluss gerne zu.

Ratsmitglied Dr. Migl bescheinigte dem GML eine gute Arbeit im Rahmen der gesteckten Möglichkeiten. Sie bedauere, dass man beim Thema sozialer Wohnungsbau nicht weitergekommen sei. Was auffällig sei, sei die Belastung der Hausmeister. Hier würde sie sich wünschen, dass eine Stelle mehr beantragt werde. Das Beispiel Bürgergraben zeige, dass man immer noch einen Sanierungsstau habe. Dennoch werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Mosebach zog einen Vergleich zu den Liegenschaften des Landes. Das Land verlange Marktpreise, was im Schnitt immer das Doppelte sei wie beim Gebäudemanagement. Von daher könne man die Arbeit des GML nur loben.

Ratsmitglied Braun hob besonders den Energiebericht hervor. Dieser zeige, dass hier kontinuierlich gearbeitet werde. Sie danke dem Gebäudemanagement für die geleistete Arbeit. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2014 mit einer Bilanzsumme von 123.825.227,79 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 114.181.390,34 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 9.955.757,39 EURO.**
- 2. Den Jahresgewinn in Höhe von 1.687.860,18 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige**
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 952.700,69 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 735.159,49 EURO**zusammensetzt in den einzelnen Sparten als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.**
- 3. Den in der Anlage beigelegten und aus der Jahresrechnung 2014 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.**
- 4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Jahresabschluss 2014 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 27. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Er freue sich, einen gut funktionierenden Betrieb übergeben zu können. Man könne auf ein gutes Jahr zurückblicken. Einige Probleme in den Aufgabengebieten würden bleiben. Eine Daueraufgabe bleibe die Zukunftsfrage des ZAS.

Herr Eck stellte den Jahresabschluss ausführlich vor. Der Jahresabschluss des EWL sei leider nicht so erfolgreich wie der des GML. Insgesamt habe man einen Jahresgewinn von 300.000 Euro erreicht. Im Bereich der Abwasserbeseitigung habe man höhere Gewinne, was daran liege, dass die Stadt Landau wachse. Problematisch sei der Bereich der Abfallentsorgung. Die Gebühren würden in 2016 angesichts des zu zahlenden Verbrennungsentgelts nicht ausreichen. Investiv stehe in 2016 der Neubau des Wertstoffhofes an. Das Gebäude DiZap werde nun doch nicht verkauft, sondern bleibe im eigenen Bestand. Nach wie vor habe man eine sehr gute Eigenkapitalquote.

Ratsmitglied Doll sah beim EWL eine überaus positive Entwicklung. Gespannt sei man auf die Entwicklung des Wertstoffhofes. Er danke dem EWL für die geleistete Arbeit. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Jahresabschluss zu.

Ratsmitglied Baum-Baur dankte für die SPD-Stadtratsfraktion dem EWL für eine sorgfältige und wirtschaftliche Betriebsführung. Man werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Braun dankte dem EWL ebenfalls für die engagierte Arbeit. Auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass das Thema Fremdwasser noch zum Problem werde. Generell interessiere ihn die Frage, wie der EWL das Thema Verschmutzung der Straßen einschätze.

Herr Eck erläuterte, dass man aktiv gegen Verschmutzung arbeite. Die Stadt stehe in Sachen Sauberkeit nicht schlecht da. Der Papierpreis sei bei uns volatil, es bestünden jeweils Verträge über 2 oder 3 Jahre.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, sich Gedanken darüber zu machen, was man gegen den Krankenstand tun könne. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2014 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 93.958.257,81 € und den Jahresgewinn mit 300.146,51 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige



Abwasserbeseitigung mit	349.190,81 €
Abfallentsorgung mit	56.881,65 €
Bauhof mit	- 67.179,02 €
Straßenreinigung mit	25.193,67 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	- 63.940,60 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Bauhof wird mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

2. Entlastung des Vorstandes:

Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2014.

- II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17.1. (öffentlich)

Informationen aus der IMAG-Sitzung

Der Vorsitzende berichtete aus der letzten IMAG-Sitzung. Die Zuschüsse des Landes zur Landesgartenschau lägen aktuell bei 26 Millionen Euro, der Anteil der Stadt belaufe sich aktuell auf 8,5 Millionen Euro. Eine endgültige Aussage über die Förderhöhe könne erst nach der endgültigen Abrechnung der Maßnahme Landesgartenschau getroffen werden. Es gelte das Ressortprinzip und die Einzelförderung.

Ratsmitglied Lerch war überrascht über die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Bisher ging man davon aus, dass man bis Jahresende die endgültige Förderhöhe habe. Er bitte um Mitteilung, bis wann mit der Abrechnung zu rechnen sei.

Herr Messemer erläuterte, dass Maßnahmen des Innenministeriums noch nicht schlussgerechnet seien. Der Förderbescheid spreche von bis zu 27 Millionen Euro. Er gehe davon aus, dass die endgültige Abrechnung sicher noch ein halbes Jahr dauern werde.



Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 17.11.2015 umfasst 23 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 303.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter